

**Tragende Gründe
zum Beschluss
über eine Änderung der Bedarfsplanungs-Richtlinien Zahnärzte**

vom 27. September 2006

Der Gemeinsame Bundesausschuss hat im Wege eines schriftlichen Verfahrens am 27. September 2006 eine Änderung der Bedarfsplanungs-Richtlinien Zahnärzte beschlossen.

- zu Nr. 1 In Abschnitt F der Bedarfsplanungs-Richtlinien Zahnärzte alter Fassung regelt Nummer 3 Satz 2 das Verfahren bei der Auswahl unter mehreren Bewerbern um einen nach partieller Entsperrung eines Planungsbereichs zu besetzenden Vertragszahnarztsitz. Die bisherige Festlegung, dass über die Anträge allein nach Maßgabe der Reihenfolge ihres Eingangs beim Zulassungsausschuss zu entscheiden ist, genügt nach einem Urteil des BSG vom 23.02.2005, B 6 KA 81/03 R, nicht den aus Art. 12 Abs. 1 GG abzuleitenden Anforderungen an eine angemessene Verfahrensgestaltung. Nach Auffassung des BSG wird das alleinige Abstellen auf den in tatsächlicher Hinsicht oftmals von vielen Zufälligkeiten abhängigen Eingang der vollständigen Zulassungsanträge bei dem Zulassungsausschuss der verfassungsrechtlichen Bedeutung der Auswahlentscheidung für die Berufschancen der Bewerber nicht gerecht. Da die Regelung nach Auffassung des BSG mit höherrangigem Recht nicht in Einklang steht, wird sie gestrichen.
- zu Nr. 2 Mit dieser Richtlinienänderung wird den von dem BSG aufgestellten Anforderungen an eine faire und transparente Verfahrensgestaltung bei der Zulassungsvergabe in partiell entsperrten Planungsbereichen Rechnung getragen, um eine von zufälligen Umständen abhängige und damit für Manipulationen anfällige Zuteilung auszuschließen.

Das in Nummer 5.1 geregelte Publikationserfordernis soll sicherstellen, dass die potenziellen Zulassungsbewerber über die nunmehr wieder bestehenden Zulassungsmöglichkeiten in gleichmäßiger Weise informiert werden.

Nummer 5.2 enthält weitere Bestimmungen zum Inhalt der Bekanntmachung. Zu veröffentlichen sind zum einen die Kriterien, nach denen der Zulassungsausschuss seine Entscheidung trifft, damit die Bewerber ihre Zulassungsanträge danach ausrichten können. Zum anderen ist bekannt zu geben, innerhalb welcher Frist die Zulassungsunterlagen abzugeben sind. Die Frist von 6 bis 8 Wochen geht auf die Vorgaben des BSG zurück. Damit soll den Zulassungsbewerbern ausreichend Zeit zur Verfügung stehen, um ihre Niederlassungsvorhaben zu konkretisieren (Einlei-

tung von Vorbereitungsmaßnahmen, z. B. Erschließung geeigneter Praxisräume, Abklärung der Finanzierung der Niederlassung und Beendigung bestehender Beschäftigungsverhältnisse) und einen vollständigen Zulassungsantrag vorzulegen.

Von der Regelfrist kann in Ausnahmefällen abgewichen werden, wenn im Interesse einer raschen Sicherstellung der Versorgung der Versicherten ein beschleunigtes Verfahren gerechtfertigt ist. Nach Auffassung des BSG soll das der Fall sein, wenn der allgemeine bedarfsgerechte Versorgungsgrad in dem betroffenen Planungsbereich bereits unterschritten ist.

Mit der Regelung in Nummer 5.2 Satz 2, wonach nur die nach Bekanntmachung fristgerecht und vollständig abgegebenen Zulassungsanträge in die Entscheidung des Zulassungsausschuss einbezogen werden, wird klargestellt, dass vor der Bekanntmachung gestellte Vorratsanträge vom Zulassungsausschuss nicht berücksichtigt werden. Dies fördert ein faires und transparentes Verfahren und schließt Manipulationsmöglichkeiten aus.

Die Entscheidung des Zulassungsausschusses über die Auswahl der geeigneten Bewerber ist eine Ermessensentscheidung (vgl. § 103 Abs. 4 Satz 4 SGB V). Bei den in Nummer 5.3 genannten Auswahlkriterien handelt es sich zum einen um solche, die die bestmögliche Versorgung der Versicherten zum Ziel haben (berufliche Eignung, Dauer der bisherigen zahnärztlichen Tätigkeit). Zum anderen stellt auch das Prioritätsprinzip in Gestalt des Approbationsalters (vgl. § 103 Abs. 4 Satz 4 SGB V) und in Form der Wartelisten für gesperrte Planungsbereiche (§ 103 Abs. 5 SGB V) prinzipiell ein geeignetes Auswahlkriterien dar (vgl. BSG, Urteil vom 23.02.2005, B 6 KA 81/03 R). Entsprechend der Regelung in § 103 Abs. 4 Satz 4 SGB V schreiben die Richtlinien nicht vor, wie die Auswahlkriterien zu gewichten sind. Dies soll dem Normanwender, dem Zulassungsausschuss, vorbehalten bleiben, der aufgrund seiner Sachnähe am besten geeignet erscheint, bei der konkreten Zulassungsentscheidung eine auf den Einzelfall bezogene Gewichtung der Kriterien vorzunehmen. Bei gleicher Eignung der Bewerber soll der Zulassungsausschuss seine Auswahlentscheidung allerdings an der Standortwahl der Niederlassung ausrichten unter dem Gesichtspunkt der bestmöglichen Patientenversorgung. Dieses Kriterium ist sachgerecht, weil damit der regionalen Versorgungssituation innerhalb des Planungsbereichs Rechnung getragen wird. Auf diese Weise kann einer Konzentration von Leistungserbringern in ohnehin "überversorgten" Ballungszentren entgegengewirkt werden.

Die Regelungen in Nummer 5.3 Satz 2 sowie in Nummer 5.4 dienen dazu, bestehende familiäre Bindungen als Auswahlkriterium in die Entscheidung des Zulassungsausschusses einfließen zu lassen.

- zu Nr. 3 Die Neufassung der Anlage 6 zu Abschnitt D der Richtlinien wurde aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Änderungen in der Bezeichnung einzelner Kassenzahnärztlicher Vereinigungen im Bundesgebiet notwendig. Es handelt sich um redaktionelle Änderungen.

Die Aufnahme der Stadt Göttingen in die Anlage 6 erfolgte aufgrund einer Teilung des Planungsbereiches Landkreis Göttingen durch den Landesausschuss der Zahnärzte und Krankenkassen in Niedersachsen mit der Folge, dass der Stadt Göttingen mit einer Einwohnerzahl über 100.000 eine Verhältniszahl von 1:1.280 zugrunde gelegt wird.

Siegburg, den 27. September 2006

Gemeinsamer Bundesausschuss

Der Vorsitzende

Genzel